

Auch Deutsche müssen für Instandsetzung bezahlen

Zu „Pkw-Maut rückt näher“ vom 25. März und zu „Bundesrat gibt Weg für Pkw-Maut frei“ vom 1. April:

Die Pkw-Maut wird so langsam lächerlich. Was wurde hier schon unnötig Geld verbraten. Deutschland muss aber auch immer eine Besonderheit aus allem machen. Warum kann nicht ein System wie das der Schweiz übernommen werden? Jeder deutsche Autofahrer und jeder „Gast-Autofahrer“ kauft eine Plakette zum Preis von 20 bis 30 Euro jährlich, egal wie oft er nun die Autobahnen benutzt – und ohne Ausgleich mit Steuerrückzahlung oder dergleichen. Beim Benzinpreis wird doch auch keine Rücksicht auf deutsche Autofahrer genommen, obwohl dieser jeden Tag großen Schwankungen unterliegt – wo bleiben hier die ausgleichende Gerechtigkeit und das Kartellamt?

Wir Deutsche benutzen die Autobahn doch genauso, also sind auch wir verpflichtet, bei der Instandsetzung mit zu bezahlen. So ist es in anderen Ländern auch – zum Beispiel in Italien, Frankreich, Österreich oder der Schweiz. Das wäre meiner Meinung nach gerecht. Des weiteren bin ich der Meinung, dass jeder Autofahrer sich diesen Betrag, aufs Jahr gesehen, leisten kann, ansonsten muss man eine Alternative suchen. Es wäre zudem keine solch außergewöhnliche Bürokratie nötig, auch benötigte man keine zusätzlichen Ämter. Einzig und allein: Es würden Plaketten gedruckt mit Jahresangabe, diese müssten gut sichtbar im Auto angebracht werden. Wenn man bedenkt, wie viele Autos über unsere Autobahnen fahren, käme gutes Geld zusammen – und das für eigentlich nicht nennenswerte Kosten. Da könnte man viele Löcher stopfen. Wäre doch ein Gedanke wert!

Regine Rapp
Ostfildern

Seltames Demokratieverständnis

Zu „Bundesrat gibt Weg für Pkw-Maut frei“ vom 1. April:

Der CSU-Landesfürst Horst Seehofer greift zum Mittel der Erpressung, um das Lieblingsprojekt seines Schützlings Alexander Dobrindt im Bundesrat durchzudrücken. Und das Wahlversprechen von Kanzlerin Angela Merkel („Mit mir wird es keine Maut geben“) ist nichts mehr wert. So viel zum Demokratieverständnis von CDU und CSU.

Ingrid Schäfer
Esslingen

Rot-rot-grünes Bündnis wird Schulz vorführen

Zu „Schulz-Mania in Mannheim“ vom 1. April:

Wenn man den Habitus, den Hype und das Auftreten mit den Versprechungen von Martin Schulz an das Wählervolk betrachtet, dann wird man unweigerlich an Goethes „Zauberlehrling“ erinnert. „Die ich rief die Geister, werd' ich nun nicht los.“ So wird es auch Schulz für den Fall ergehen, sollte er Kanzler einer rot-rot-grünen Koalition in der nächsten Regierung werden. Da würden sich die linke Fraktion der SPD, die Grünen unter Jürgen Trittin und die Roten unter Sahra Wagenknecht (und Oskar Lafontaine) schnell zusammen-tun und mit dieser Mehrheit Schulz klar machen, was er zu tun oder zu lassen hat. Ob Schulz, wie der alte Hexenmeister im „Zauberlehrling“, die richtige Formel hat und willens ist, die Geister wieder zur Ordnung zu rufen, darf wohl bezweifelt werden. Bis das rot-rot-grüne Bündnis erkennt, dass man Wohltaten nur verteilen kann, solange der Staat noch Mittel flüssig machen kann, wird viel Zeit vergehen. Das Ende werden – wie gehabt – hohe Arbeitslosenzahlen, geringe Staatseinnahmen (wegen lahmender Wirtschaft) und eine neuerliche Schuldenzunahme sein. Dann brauchen wir wieder eine Regierung, die eine neue Agenda beschließt – „the same procedure . . .“. Was man auch mit Erstaunen sieht, ist die euphorische Hingabe und Bewunderung der Damen aus dem SPD-Führungszirkel Martin Schulz gegenüber. Wo bleibt die zu Recht sonstige festzustellende selbstbewusste und emanzipierte Haltung dieser Damen?

Friedrich Weinert
Esslingen



Die Diskussion um eine Bebauung des Greut, um Feinstaub- und Stickoxid-Belastungen und um den Erhalt von Frischluftschneisen wird auch im EZ-Leserbriefforum engagiert geführt. Foto: dpa

Im Spitzensport kann man keine Ehrlichkeit erwarten

Zu „Ehemalige Leichtathleten geben Doping zu“ vom 27. März:

Das deutsche Sport-Märchen wird immer mehr entzaubert. Unser Märchen-Kaiser und Ehrenhalber-Funktionär hat sich als großer Abstauber entpuppt und ist in der Zwischenzeit völlig abgetaucht. Seine FIFA-Freunde um Sepp Blatter sind auch nicht mehr präsent. Nun kommt das Doping: Wer hat eigentlich geglaubt, dass unsere Athleten ihre Medaillen nur mit Himbeersaft erringen? Ich war lange genug im Bereich des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) als Sportler und Kampfrichter unterwegs und kenne die Szene ein bisschen. Einige Bekannte von mir waren im A- und B-Kader des DLV, sie mussten „Aufbaupräparate“ nehmen, um im Kader zu bleiben. Als Kampfrichter hatte ich Gelegenheit, die männlichen Damenstimmen zu hören und deren Bartwuchs zu betrachten. Der bekannte Professor Armin Klümper von der Uni Freiburg, der sich mittlerweile nach Südafrika abgesetzt hat, war eine Größe in der Szene. Jeder wusste Bescheid, nur zugeben wollte man es nicht. Immer war es nur der Ostblock, der gedopt hat – und wir waren die weißen Ritter. Es geht doch um so viel Geld – für Sportler und Funktionäre –, da kann man keine Ehrlichkeit erwarten.

Franz Heiss
Neuhausen

Unredliches Vorgehen ist Wahlkampfmunition

Zu „AfD kritisiert Lammerts Vorstoß“ vom 25. März:

Anstatt die AfD mit guter, an den Bedürfnissen und am Willen des Volkes orientierter Politik zurückzuführen, greifen die Etablierten immer wieder auf hinterhältige Mittel zurück. Auch linksextremistische Angriffe auf Leib und Gut von AfD-Mitgliedern werden nicht öffentlich gebrandmarkt, sondern es wird in Kauf genommen, dass das Schweigen die Täter in ihrem Tun bestärkt. Undemokratisch lief es zum Beispiel nach der Landtagswahl im Frühjahr vergangenen Jahres in Baden-Württemberg. Da wurde das Amt des bisherigen zweiten stellvertretenden Landtagspräsidenten abgeschafft, weil das einem Abgeordneten der AfD zugestanden wäre. Diesen wahren Grund verschleiern, hieß es, Spargründe seien ausschlaggebend. Legislaturperioden zuvor kam dieser Sparwillen jedoch nicht auf. Auch nach der Streichung des Postens kann man davon nichts mehr erkennen. Jüngstes Beispiel ist die von Grün-Schwarz-Rot im Schnellverfahren beschlossene, kosten-trächtige staatliche Altersversorgung der Abgeordneten. Nur der öffentliche Aufschrei über diese besonders dreiste Selbstbedienung veranlasste diese zum Kippen ihres gerade beschlossenen Gesetzes. Sicher nur der negativen Wahlwerbung wegen, nicht aus Einsicht!

Anderes Beispiel: Nach der Bundestagswahl im Herbst hält nach derzeitiger Regelung das älteste Mitglied in der ersten Sitzung des dann neu gewählten Parlaments die Eröffnungsrede. Jetzt kommt der Bundestagspräsident Norbert Lammert auf die Idee, die Eröffnungsrede des neuen Bundestags nicht mehr vom Ältesten, sondern von dem mit den meisten Parlamentsjahren halten zu lassen. Dann käme wohl Wolfgang Schäuble zum Zug. Eine solch undemokratische Vorgehensweise wäre allerdings perfekte Wahlkampfmunition für die AfD. Das haben auch viele aus den eigenen Reihen erkannt und raten von solch einem Ansinnen ab. Wenn es irgendwie ginge, bin ich mir sicher, würden die Konsensparteien auch die Fünf-Prozent-Hürde

zum Einzug in die Parlamente für die AfD auf 20 Prozent erhöhen. Vielleicht müssen wir schon zufrieden sein, dass wir in einem Staat leben dürfen, in dem zur Ausschaltung unliebsamer Andersdenkender wenigstens keine kriminellen Methoden angewandt werden.

Rudolf Brenneis
Esslingen

Sprache prägt das Bewusstsein

Zum Aufgespießt „Die arme Kutschlerin“ vom 17. März:

Das war ein Eigentor! Die prompten Reaktionen kluger und wortgewandter Leserinnen der Glosse von Christian Dörmann zum Programm der Esslinger Frauenwochen sagen eigentlich schon alles. „Sprache prägt das Bewusstsein“ – darüber müssen wir im Jahr 2017 nun wirklich nicht mehr streiten. Und übrigens: Die in der Glosse bemühten Beispiele liegen daneben – der Kutschersaal diente noch im 18. Jahrhundert als Pferdestall und Fruchtkasten, in dem die Kutscher ihre Pferde versorgten. Kutscher aber waren ausschließlich Männer. Unser „BürgerInnensaal“ dagegen war ursprünglich ein Veranstaltungsort und Tanzsaal. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er zum Versammlungsort des Gemeinderates. Frauen waren und sind darin selbstverständlich vertreten. Und am passiven Wahlrecht der Frauen soll doch sicher nicht gerüttelt werden?

Claudia Puschmann, Pressesprecherin des Esslinger Frauenrats, und Barbara Straub, Beauftragte für Chancengleichheit der Stadt Esslingen

Chöre benötigen die Konzerteinnahmen

Zu „Vom Haus des Herrn zum Haus der Bücher?“ vom 9. März:

Die Evangelische Kirchengemeinde in Esslingen sucht einen Käufer für ihr Gemeindehaus am Blarerplatz. Die Stadt ist interessiert, will eventuell die Bücherei dort unterbringen. Ob diese Immobilie für die Bücherei geeignet ist, kann ich nicht beurteilen. Allerdings ist das Gemeindehaus mit seiner guten Akustik, seiner großen Bühne und auch seiner Lage ausgezeichnet geeignet für musikalische und kulturelle Veranstaltungen. Der Polizeichor Esslingen veranstaltet dort mit großem Zuspruch seit mehr als 20 Jahren sein „Muttertagskonzert“, immer am Samstag vor Muttertag. Weitere Chöre und Musikvereine geben dort Konzerte. Tagungen und sonstige Veranstaltungen kommen noch hinzu. Diese sind für die Vereine und Chöre – wie den Polizeichor – finanziell sehr wichtig. Es wird viel

über das ehrenamtliche Engagement gesprochen. Das kann aber nur funktionieren, wenn man den Vereinen, in denen Menschen singen und musizieren, um anderen Menschen Freude zu bereiten, auch eine Chance gibt zu überleben. Das Neckar Forum ist leider aus Kostengründen keine Alternative. Welche Konzertsäle gibt es noch? Die noch vorhandenen sind entweder zu teuer, ausgebucht oder werden vom Publikum nicht akzeptiert.

Willi Hemminger
Esslingen

Gesundheitsaspekt in den Vordergrund stellen

Zu „Klare Mehrheit für neue Wohnungen im Greut“ vom 30. März:

Um Wohnraum zu schaffen, soll das Greut im Esslinger Stadtteil Krummenacker bebaut werden. Die klimatischen Folgen für den Stadtteil und für die Innenstadt sind nicht abzusehen. Das von der Stadt in Auftrag gegebene Gutachten ist umstritten und wird von Experten angezweifelt. Weshalb die Stadt so vehement darauf beharrt, das Greut zu bebauen, ist unverständlich, zumal es viele Baulücken in Esslingen gibt, die nicht die Frischluftzufuhr für die Innenstadt abschneiden. Als Betroffene liegt mir außer der Luftqualität auch die noch immer nicht geklärte Verkehrssituation in RSKN am Herzen. Der von uns Bürgern gewählte Gemeinderat sollte die Interessen der Bürger und deren Gesunderhaltung bei der Entscheidung berücksichtigen und nicht den wirtschaftlichen Nutzen in den Vordergrund stellen.

Rose Eisele
Esslingen

Gütlebesitzer sollte nicht mitbestimmen

Zu „Klare Mehrheit für neue Wohnungen im Greut“ vom 30. März:

Eigentlich sollte auch der Technische Ausschuss einen Zusammenhang zwischen intensiver Bebauung und Feinstaubbelastung sehen, da die Frischluftschneisen nicht mehr funktionieren können. Aber wir brauchen ja Wohnungen! Warum spricht niemand von den 2000 Wohnungen, die in Esslingen angeblich leer stehen? Ein intelligenter Gemeinderat müsste es doch schaffen, nur 200 davon wieder zu belegen – damit bräuchte man keine Bebauung des Greut. Und im Ernst: Wenn ein Gütlebesitzer im Stadtrat darüber abstimmen darf, dass sein Gütle Bauplatz wird, ist dies schlechter Stil und zeugt ganz sicher nicht von Objektivität. Zukunftsorientierte Stadtpolitik braucht andere Ideen!

Brigitte Wötzer
Esslingen

Stadträte argumentieren wie Kettenraucher

Zu „Klare Mehrheit für neue Wohnungen im Greut“ vom 30. März:

Der 29. März 2017 war mit dem Gemeinderatsbeschluss für eine Bebauung des Greut ein schlechter Tag für unsere Gesundheit, aber ein Segen für das bereits in das Greut investierte Kapital – es hat sich schon jetzt vermehrt! „Ökonomie first“ ist die Devise, da darf man auch auf die Tränenrüse drücken und ohne rot zu werden die Wohnungsnot der Flüchtlinge anführen. Man bedenke: Es geht um Wohnungen, die sich keine junge Familie mit Durchschnittsverdienst leisten können. Was die Luftverschlechterung durch diese Baumaßnahmen betrifft, so argumentieren unsere Volksvertreter wie ein Kettenraucher, der uns klar machen will, dass ein Zigarettchen mehr doch nichts ausmacht. Und scheinbar ohne Not wird darauf verzichtet, auf weniger strittige Flächen auszuweichen – honi soit qui mal y pense.

Aber Stopp! Angesichts der Luftverschmutzung ist ein Umdenken nötig. Anstatt zu diskutieren, wie gering auch immer unsere Frischluftschneisen beschnitten werden dürfen, müssen Erhalt oder Verbesserung das Ziel sein. Auszubehaben dies schon jetzt unsere Kinder: Zentimeter für Zentimeter näher Richtung Boden nimmt die Feinstaubkonzentration zu, sie ist in Kinderwagenhöhe eklatant höher als auf Nasenhöhe der „Großkopfen“. Halten wir zu gute, dass sie es wohl nicht besser wissen.

Dietmar Bayer
Esslingen

Autoindustrie muss in die Pflicht genommen werden

Zu „Feinstaub ist auch bei Benzinmotoren ein Problem“ vom 21. März:

Das Feinstaubemissionen beim direkt einspritzenden Benzin ein Problem sind, weiß man schon seit einigen Jahren. Es wurde aber nicht viel darüber geschrieben. Ein nachträglich eingebauter Filter würde das Problem lösen. In neu zugelassenen Benzinern gibt es die Möglichkeit des Einbaus eines Vier-Wege-Katalysators, der außer Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffen und Stickoxiden auch die Feinstaubpartikel herausfiltert. Dieser wurde schon im Jahr 2013 von BASF entwickelt. Da aber der Politik offenbar die Gesundheit ihrer Bürger egal ist und die Autoindustrie nur an ihre Gewinne denkt, gibt es noch kein Gesetz, das den Einbau verbindlich vorschreibt. Mit diesem Katalysator wäre das Feinstaubproblem von direkt einspritzenden Benzinern gelöst.

Das Problem der Dieselaautos ist nicht nur der Feinstaub, den man bei der neueren Generation der Dieselaautos (Euro 5 oder 6) im Griff hat, sondern sind auch die Stickoxide. Sie schädigen die Gesundheit des Menschen in vielfacher Weise, zu nennen ist die Reizwirkung auf Schleimhäute in den Atmungsorganen und den Augen. Es treten Hustenreiz und Atembeschwerden auf. Eine Zunahme von Herz- und Kreislauferkrankungen wird ebenfalls beobachtet. Die Stickoxidkonzentration bei Dieselaautos liegt um ein Vielfaches über den geforderten Werten von Euro 5 und Euro 6 – trotz Harnstofffiltern. Wie kann es sein, dass man die Autoindustrie nicht in die Pflicht nimmt und von ihr verlangt, dass die Autos so eingestellt und hergestellt werden, dass wenigstens die Grenzwerte von Stickoxiden eingehalten werden?

Ingrid Hällfritsch-Fichter
Esslingen

Das Diesel-Feindbild kommt gerade recht

Zu „Demonstranten legen Verkehr in der City lahm“ vom 31. März:

Eine solche Demo ist eine schiere Frechheit! Wenn man bedenkt, wie viel zusätzlicher Feinstaub entstanden ist nur durch die Staus, die durch die Demo entstanden sind. Eine Frechheit ist es auch, ein Fahrzeug der Marke Daimler zu brandmarken. Ich würde den Demonstranten raten, mal die Entwicklungsabteilung von Daimler aufzusuchen. Die Pkw-Entwicklung gibt sich alle erdenkliche Mühe, die teils unrealistischen Forderungen der Politiker – die nicht immer die technischen Fachkenntnisse haben – zu erfüllen. Bei unrealistischen Forderungen ist es normal, dass man dann die Bandbreite der Möglichkeiten erst mal ausschöpft, bis man die Forderungen voll erfüllen kann. Jeder spricht von Diesel, aber blasen die Benzin Seeluft aus dem Auspuff? Weit gefehlt, aber es ist immer gut, ein bestimmtes Feindbild zu erzeugen. Populismus ist in! Der Bürger, der sich vor vier Jahren ein umweltfreundliches Euro-5-Dieselfahrzeug von seinem hart ersparten Geld gekauft hat, ist heute der Depp und soll nun bestraft werden? Wenn man etwas gegen den Feinstaub unternehmen will, muss der Nahverkehr entsprechend ausgebaut werden – es bringt nichts, Autos auf dem Marktplat mit dem Hammer zu zerschlagen. Nur: Der Nahverkehr kann derzeit gar nicht mehr Personen aufnehmen, es können die Taktzeiten und die Zuglängen nicht verkürzt beziehungsweise verlängert werden. Zusätzliche Gleise müssten verlegt werden. Ob das eine grüne Regierung und ein grüner Oberbürgermeister schaffen werden?

Rainer Brutschy
Wernau

Täterschutz geht offen über Opferchutz

Zu „DNA-Fahndung wird nicht erleichtert“ vom 1. April:

Auf Antrag der Länder Bayern und Baden-Württemberg wurde beim Bundesrat eine sofortige Entscheidung über den erweiterten DNA-Abgleich beantragt, doch dieser fand keine Zustimmung und wurde an den Innen- und Rechtsausschuss verwiesen. Hier geht es um technisch machbare, erweiterte Untersuchungen, die wegen des Datenschutzes aber nicht erlaubt sind – eine Lachnummer des 21. Jahrhunderts. Kriminelle können sich in Sicherheit wiegen wie im Fall der Ermordeten Studentin in Freiburg. Durch die erweiterte DNA hätte das Alter des Täters bestimmt werden können. So wird das Jugendstrafrecht angewandt statt des Erwachsenenstrafrechts – ein Schlag ins Gesicht der Angehörigen. Auch Straftäter, die grinsend einen Zwillingbruder präsentieren, wie nach einem Überfall auf einen Juwelier im KDW in Berlin geschehen, können sich in Sicherheit wiegen. Die Anträge auf Ausstellung eines „Kleinen Waffenscheins“ sind um ein Mehrfaches gestiegen. Es kann nicht Sinn und Zweck sein, dass sich Deutschland bewaffnet, um sich sicher zu fühlen.

Wie der Fall auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin zeigt, sind die Behörden trotz entsprechender Warnungen nicht fähig, Entscheidungen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen. Gibt es dann Tote und Verletzte, gibt es von unserem Bundesinnenminister immerhin den Kommentar, man arbeite an einer effizienten Vernetzung der Behörden und werde alles tun, um die Sache aufzuklären. Über den Täter wird häufig in der Presse berichtet. Er wäre sicherlich stolz, wenn er überlebt hätte. Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn er durch eine Polizeikugel innerhalb Deutschlands zu Tode gekommen wäre. Dagegen wurde nie berichtet, wie es den etwa 50 Verletzten des Anschlags in Berlin geht, und ob diese und die Angehörigen der Toten auf eine Entschädigung durch die Regierung hoffen können. Schließlich wurde der Anschlag unter anderem nur dadurch möglich, weil Behörden buchstäblich gepennt haben. Persönliche Konsequenzen der Verantwortlichen lehne ich aber ab, weil Unfähigkeit nicht mit einem goldenen Handschlag belohnt werden sollte.

Bernhard Windshügel
Denkendorf

HINWEIS

Veröffentlichungen in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. red



Foto: dpa

esslinger-zeitung.de

UMFRAGE: Immer Ärger mit den Gelben?

Im Kreis Esslingen sind Privatversorger für die Verteilung der Gelben Säcke zuständig. Funktioniert das Ihrer Meinung nach gut?

